

Kritische Töne zur geplanten Klimaschutzagentur

Finanzausschuss lehnt Beitritt zur GmbH mit knapper Mehrheit ab, der Verwaltungsausschuss dürfte aber ein positives Votum abgeben

VON KAI PURSCHKE

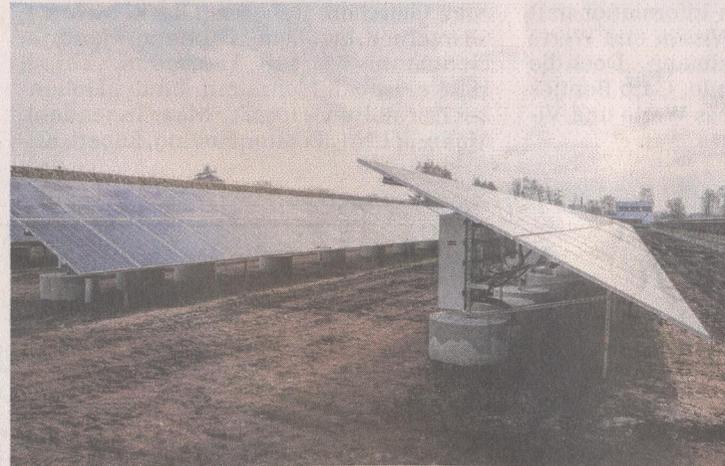
Achim. Auch wenn der nicht öffentlich tagende Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am Donnerstagabend aufgrund anderer Mehrheitsverhältnisse die Ablehnung des Finanzausschusses vom Mittwochabend kassiert haben dürfte, ein Fingerzeig war es dennoch: Mit fünf (CDU, FDP, WGA) zu vier Stimmen (SPD, Grüne) hatte sich der Finanzausschuss gegen einen Beitritt Achims zur geplanten Klimaschutzagentur-GmbH des Landkreises ausgesprochen. Achim soll dafür rund 70 000 Euro in den nächsten sechs Jahren zahlen. Wie berichtet, möchte der Landkreis solch eine Gesellschaft gründen und alle Städte und Gemeinden im Kreisgebiet als Mitglieder gewinnen.

Eine Vorgehensweise, die in Achim nicht nur auf Gegenliebe stößt. „Da ist Bauchgrummeln dabei, dass der Landkreis solch ein Konzept aufstellt und nun Geld dafür einsammelt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass er uns erheblich vors Schienbein getreten hat, was Verkehrsvorhaben angeht“, sagte selbst Werner Meinken (Gruppe SPD/Mindermann), der im Gegenzug für das Ja seiner Gruppe „ein Entgegenkommen des Kreises“ erwartet. Wolfgang Heckel (WGA) warnte davor, dass

„Klimaschutzberatung immer weiteres Geld kosten wird“.

Dieser Gedanke treibt auch die CDU um. Denn die neue Energie- und Klimaschutzagentur soll die Kommunen als übergeordnete Instanz in Sachen Energieeffizienz beraten und die Arbeit der verschiedenen Akteure und Vereine, die sich jeweils in diesem Aufgabengebiet tummeln, vernetzen und koordinieren. Und wie ihr designierter Geschäftsführer Michael Pelzl dem Ausschuss erklärte, bekomme Achim im Gegenzug ja auch Geld heraus. „Die Stadt hat ein Energieeinsparpotenzial von bis zu 280 000 Euro, wenn das Energiemanagement erledigt ist“, sagte er. CDU-Mann Karl-Heinz Lichter sah darin aber eine Milchmädchenrechnung, denn: „Wenn sich daraus ergibt, dass wir beispielsweise am Rathaus etwas ändern müssen, eine neue Heizung einbauen etwa, kostet uns das doch eine Menge Geld.“ Pelzl erklärte dazu, dass dies nicht zwangsläufig so laufen müsse, schließlich könne ein großer Investor wie Siemens diese energetische Sanierung übernehmen und anschließend „den Benefit da rausziehen“.

Seine Ausführungen und Argumente überzeugten jedoch die meisten Ausschussmitglieder nicht. Zu unbestimmt und unscharf waren sie offenbar und während



Lokale Projekte, wie der Solarpark an der Steubenallee, sollen vom Wissen der kreiseigenen Klimaschutz- und Energieagentur profitieren.

FOTO: STRANGMANN

Hans-Jakob Baum (FDP) befand, dass man mit dem Steuergeld wohl „Jobs im öffentlichen Dienst schafft, die wir vielleicht nicht brauchen“, sprach CDU-Fraktionschefin Isabel Gottschewsky davon, dass sich Achim für das Geld die Doppelstruktur nicht leisten dürfe. „Es gibt genügend Akteure, die sich mit Energie befassen und es wäre nicht das erste Mal, dass wir dem Kreis für derartige Gründungen Geld geben und nie wieder etwas davon hören.“

Wie Pelzl sagte, seien bisher Dörverden und Kirchlinteln die „Wackelkandidaten“. Er hält die GmbH für wichtig, weil er Förderprogramme kenne und über Fachwissen verfüge, das so in den Verwaltungen nicht vorhanden sei. Er wolle eine weitere Person einstellen und die jeweils lokalen Akteure bei der Arbeit einbinden. Das ist ganz im Sinne der Grünen, wie Jürgen Kenning ausführte: „Dafür sind 12 000 Euro im Jahr nicht zu viel, das ist es uns allemal wert.“